

PAKS II - Siemens rüstet trotz Embargo russische Reaktoren in Ungarn aus

Atomprojekte unterliegen nicht dem Embargo gegen Russland. Obst vom Bodensee oder aus Ungarn aber schon. Mit dieser brisanten Information überraschten die ungarischen Regierungsvertreter am 20. Oktober 2015 in München auf dem PAKS II Erörterungstermin.

München, 21. Oktober 2015. Siemens kann dem russischen Atomkraftwerkshersteller Rosatom den nicht-nuklearen Teil der beiden geplanten Reaktoren im ungarischen AKW PAKS II ausrüsten. Andere Unternehmen müssen das Embargo strikt einhalten. „Anscheinend wird mit zweierlei Maß gemessen“ sagte die Vertreterin der bayerischen Grünen, Kreisrätin Brigitte Artmann aus dem oberfränkischen Wunsiedel. Der 22-köpfigen Delegation aus Ungarn standen an einem Werktag circa 35 gut vorbereitete Personen aus der deutschen Öffentlichkeit im Carl-Orff-Saal im Gasteig in München gegenüber. Wer teilnehmen wollte, musste Urlaub nehmen. Schriftlich gab es über 30.000 Einwendungen.

Die Anhörung ging am folgenden Tag im bayerischen Umweltministerium in die Verlängerung. Nach insgesamt 18 Stunden trennte man sich mit der Forderung der deutschen Öffentlichkeit am weiteren Verfahren beteiligt zu werden und alle sicherheitsrelevanten technischen Daten, die in der Umweltverträglichkeitsprüfung fehlten, zumindest in Englisch zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Greenpeace wurde von der Nuklearexpertin Oda Becker vertreten, die den geplanten Reaktoren vom Typ VVER 1200 /V 491 gravierende Sicherheitsmängel bescheinigte, die Ungarn nicht ausräumen konnte. Der Frage, ob die Reaktoren einem gezielten Absturz eines Airbus A 380 standhalten würden, begegnete der ungarische Delegationsleiter Attila Aszódi mit Schweigen. Als lächerlich wurde von den deutschen Teilnehmern die für diesen Reaktortyp festgelegte Evakuierungszone von 800 Metern bei SuperGAU bezeichnet.

Bestätigt wurde von Ungarn, dass das AKW PAKS II für Jahre ein reines Überschusskraftwerk sein würde und somit den erzeugten Strom über die Grenze auch nach Deutschland einspeisen wird. Die Energieexpertin des Umweltinstituts Münchens, Christina Hacker, erklärte, dass Deutschland Exportland von regenerativer Energie sei und keinen Atomstrom brauche. Der Atom Müll dürfe nicht in Russland zwischengelagert werden, ein atomares Endlager fehle völlig im Konzept. Die ungarischen Regierungsvertreter gerieten oft in Erklärungsnot und mussten in ihren Akten nach Antworten auf die präzisen Fachfragen des Publikums suchen. Sie warben immer wieder um Vertrauen in sie und "in den russischen Partner", die Reaktoren würden die nächsten 60 Jahre sicher laufen. Jedoch bestand das Publikum darauf, dass man bei dieser Hochrisiko-Technologie kein Vertrauen brauche, sondern Sicherheit. Wolfgang Müller, Gemeinderat aus Bad Steben, lieferte die Lottozahlen für das Jahr 2076 und bat ebenfalls um Vertrauen darum, dass diese stimmen würden.

Veranschlagte Kosten der beiden Reaktoren sind 12,5 Milliarden Euro. 10 Milliarden davon will Russland finanzieren, den Rest will Ungarn aufbringen. Bezahlen muss diese Staatssubvention letztendlich der Stromkunde über den Strompreis. Oda Becker stellte fest, dass die günstigste Variante gewählt wurde auf Kosten der Sicherheit.

In Ungarn wurde nur ein ganz kleiner Teil der Öffentlichkeit im Umkreis von 500 Metern um das AKW beteiligt und nur die wichtigsten NGOs wurden zugelassen¹. Bei der Anhörung in Paks in Ungarn gab es tätliche Übergriffe auf deren Kleinbus und verbale Attacken gegen deren Vertreter. Auch der ungarische Europa-Abgeordnete Benedek Jávor, Mitglied der Grünen Europafraktion, war aus der öffentlichen Beteiligung wie alle anderen Ungarn außerhalb des 500 Meter Radius ausgeschlossen. Er hatte im Europaparlament geleakte Dokumente von der ungarischen Regierung vorgelegt, die das ganze Umweltverträglichkeitsverfahren in Zweifel ziehen². Auf die Frage Oda Becker`s an die ungarische Delegation, wie Jávor`s Stellungnahme in die Umweltverträglichkeitsprüfung einbezogen worden sei, sagte der ungarische Verhandlungsführer Attila Aszódi nein, davon sei nichts bekannt. Das Publikum stellte fest, man werde die Stellungnahme des ungarischen Europaabgeordneten über Deutschland einbringen, da die Frage relevant für das Umweltverträglichkeitsverfahren sei und so nicht beantwortet wurde.

András Perger von Greenpeace Ungarn bedankte sich bei den deutschen Teilnehmern für ihre fachlich fundierten Fragen und Stellungnahmen und erklärte, dass auch der NGO Energiacub in Ungarn in seiner Tätigkeit stark behindert wurde, das Verfahren nicht internationalen und europäischen Gesetzen entspreche und man deshalb ein Klageverfahren eingeleitet habe, dessen Ausgang man nächstes Jahr erwarte. Souverän würdigte er aber dennoch wie alle anderen Teilnehmer, dass Ungarn die Erörterungstermine in vielen europäischen Staaten mache. Wenigstens dieser Punkt sei beispielhaft.

Die russischen VVER 1200 Reaktoren enthalten mehr radioaktives Inventar als die Reaktoren von Tschernobyl und Fukushima. Laut den Zahlen der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit (GRS) wird die Reaktorkatastrophe von **Fukushima** bis ca. 70 km vom Reaktor entfernt eine mittlere Strahlendosis der Bevölkerung von 100 mSv in 10 Jahren verursachen. Die meiste Radioaktivität wehte auf den Pazifik. Bei **Tschernobyl** ist diese Zone bis zu 1.000 km groß. PAKS II liegt circa 450 km östlich von Deutschland.

V.i.S.d.P.:

Brigitte Artmann
Kreisrätin/Kreisvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
KV Wunsiedel
Am Frauenholz 22
95615 Marktrechwitz/Germany
Tel +49 0923162821
Mobil +49 01785542868
brigitte.artmann@gruene-fichtelgebirge.de
www.gruene-fichtelgebirge.de

¹ <http://aarhus-konvention-initiative.de/2015/06/akw-paks-ii-ungarn-comments-on-von-greenpeace-zentral-und-osteuropa/>

² <http://www.nuclear-transparency-watch.eu/a-la-une/recent-developments-on-paks2.html>